

Böhme-Zeitung

SOLTAUER NACHRICHTEN • NIEDERSÄCHSISCHES TAGEBLATT

Sonnabend, 2. Februar 2013



150. Jahrgang • Nr. 28 • 1,40

Attraktive Wohnungen statt Leerstand als Ziel

Munster reagiert mit Entwicklung eines Leitbildes auf neue Anforderungen

at Munster. Wie soll sich Munster bis zum Jahr 2030 entwickeln? Auf diese Frage will die Örtzstadt bis zum Ende dieses Jahres eine Antwort finden. Innerhalb einer Lenkungsgruppe, in der die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Stadtmarketing sowie interessierte Bürger mitarbeiten, soll ein Leitbild erarbeitet werden.

„Wir müssen etwas tun“, betonte Bürgermeister Adolf Köthe zum Jahresempfang der Aktionsgemeinschaft Munster (AGM). Dabei zählte er eine Vielzahl von Entwicklungen auf, die die Stadt verändert haben und auf die reagiert werden müsse: vor allem die rückläufige Einwohnerentwicklung aufgrund des demografischen Wandels, aber auch durch die Bundeswehrreform. In der Folge stünden in der Stadt Geschäfte und verstärkt auch Wohnungen leer.

Dass es durchaus attraktive Wohnlagen in Munster gibt, dafür sorgen unter anderem die Immobiliensparte der Firma Heinrich Meyer Breloh, aber auch die Wohnungsbaugenossenschaft



In aufwendiger Handarbeit wurde nach der energetischen Sanierung des Hauses am Klappgarten in Munster auch die Fassade neu gestaltet. Foto: at

Südheide. Mehr als 650 000 Euro investierte das Celler Unternehmen jetzt in seine Häuser am Klappgarten, am Robert-Stratmann-Weg und an der Brucknerstraße.

Bei den Gebäuden aus dem Jahr 1964 wurden die Fassaden gedämmt sowie die Balkone, Türen, Fenster und die Heizungsanlage

komplett erneuert. „Die Gebäude entsprechen jetzt dem neuesten energetischen Stand“, erläuterte Michaela Gehl, Vorstandsmitglied der Genossenschaft.

Die Umbauarbeiten an der Brucknerstraße wurden schon 2009 fertiggestellt. Zurzeit laufen am Klappgarten und rund um das Gebäude am Robert-Stratmann-

Weg noch Arbeiten im Außenbereich. „Die Grünanlagen werden durch eine neue Bepflanzung und Gestaltung aufgewertet“, so Gehl. Im März sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.

Die Südheide-Genossenschaft hat in Munster 48 Wohnungen, insgesamt sind 2500 Wohnungen im Bestand. 568723

Verkehrsgesellschaft startet Umfrage

Ab Montag Erhebung unter Bahnreisenden

bz Heidekreis. Mit der größten Verkehrserhebung ihrer Geschichte beginnt die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG). Die für die Organisation und Finanzierung des Nahverkehrs auf der Schiene zuständige 100-prozentige Landestochter lässt dazu rund 500 Interviewer ausschöpfen. In vier Erhebungswellen von Februar bis Ende November werden fast eine Million Bahnreisende zwischen Harz und Nordsee befragt. Start der landesweiten Erhebung ist an diesem Montag, teilte die LNVG am Freitag in Hannover mit.

„Wir wollen fundierte Erkenntnisse darüber gewinnen, welche Wege konkret zurückgelegt werden und aus welchen Gründen eine Reise unternommen wird. Auch zur Einführung des Niedersachsentarifes im Juni 2013 sind die Daten wichtig, gerade auch mit Blick auf die angestrebte Anschlussmobilität mit dem Bus“, beschreibt LNVG-Chef Hans-Joachim Menn die Ziele seiner Gesellschaft, die jährlich knapp 300 Millionen Euro Steuergelder für die Bestellung

von Nahverkehrszügen gibt.

Folgendes interessiert die sogenannten Smartphones elektronischen Eingabegeräte: der Fahrkartentätigkeit vor und nach Reise, die Art des benutzten Fahrscheines (zum Beispiel Monats- oder Wochen Semesterkarte, Verbund-Einzelfahrschein) wie eine etwaige Mitnahme eines Fahrrades.

Die Interviewer machen nach Angaben der LNVG keine Fahrausweiskontrolle. Sie besitzen einen speziellen Fahrer-Ausweis, mit dem sie legitimieren. „Personenbezogene Daten werden von Bahnreisenden nicht erhoben“, stellt ein LNVG-Sprecher fest. Es könne aber durchaus sein, dass Fahrgäste in den vier Erhebungsperioden mehr befragt würden.

Dann sollten sie das Interview nicht ablehnen, sondern sich noch einmal zur Verfügung stellen. „Die Fragen dauern nur ein bis zwei Minuten in Anspruch“, wirbt die LNVG fürs Mitmachen. 56

Aus für die Studiengebühren besiegelt

SPD und Grüne in Niedersachsen zurren erste Eckpunkte ihres Koalitionsvertrags fest

Ini Hannover. Teilweise Abschaffung des Turbo-Abiturs, einfachere Gründungen von Gesamtschulen, Ende für Studiengebühren bis spätestens 2014/2015: SPD und Grüne in Niedersachsen haben sich auf erste Eckpunkte ihres Koalitionsvertrages geeinigt.

„Das war ein sehr produktiver Tag“, sagte Stephan Weil (SPD) am Ende der ersten Verhandlungsrunde. Er kündigte einen „ergebnisoffenen Dialog“ mit den Gymnasien zur Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren an. Weil betonte, das Land werde Einnahmeverluste

der Hochschulen durch fehlende Studiengebühren kompensieren. Knackpunkte in den Verhandlungen, die am Montag weitergehen, sind die Themen Agrar, Verkehr und Umwelt. CDU-Fraktionschef Björn Thümler appellierte an die SPD, beim Ausbau der Autobahnen

A 20 und der A 39 Lüneburg – Wolfsburg „klare Kante“ zu zeigen und an den Plänen festzuhalten. Vor Beginn der Gespräche hatten Atomkraftgegner gefordert, sich für den Ausschluss von Gorleben bei der Suche nach einem Atommüllendlager einzusetzen. ▶ Seite 19

Bundestag hat seine Zweifel

Debatte über Erfolgsaussichten eines NPD-Verbotsantrags

dpa Berlin. Die Zweifel wachsen im Bundestag an den Erfolgsaussichten für ein NPD-Verbot. Abgeordnete verschiedener Parteien warnen vor dem Risiko einer Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht.

Wolfgang Bosbach (CDU) erklärte, er sehe die Chancen sehr skeptisch. Der bloße Nach-

weis der Verfassungswidrigkeit der Partei reiche für ein Verbot nicht aus. Auch Volker Beck (Grüne) zeigte sich besorgt. Unsicher sei, ob das vorliegende Material gegen die Rechtsextremisten die Hürde in Karlsruhe nehmen werde. Nach Überzeugung der SPD sind dagegen die Erfolgsaussichten so gut wie

nie. Bundestag und Bundesregierung sollten sich dem Antrag des Bundesrats anschließen, forderte Thomas Oppermann.

Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau von der Linkspartei warnte vor Schnellschüssen. Wer etwa an der V-Leute-Praxis festhalte, garantiere der NPD die Weiterexistenz. ▶ Seite 18

Eon-Mitarbeiter wollen streiken

Ini Hannover. Erstmals steht ein Streik in der privaten Energiewirtschaft vor der Tür. Beim Eon-Konzern sprachen sich 91,4 Prozent der befragten Mitarbeiter in einer Urabstimmung für Streik aus. Der Ausstand soll am Montag aufgenommen werden, Verbraucher sollen allerdings nicht darunter leiden, wie die Gewerkschaft ver.di ankündigte. ▶ Seite 19

Biden droht Iran

US-Vize auf der Sicherheitskonferenz

dpa Berlin. US-Vizepräsident Joe Biden hob bei einem Treffen mit Kanzlerin Angela

bot Biden dem Regime in Teheran direkte Verhandlungen an, drohte aber auch unverhohlen:



Anschlag auf US-Botschaft

dpa Istanbul. Bei einem Selbstmordanschlag auf die US-Botschaft in Ankara sind mindestens zwei Menschen getötet worden. Eine Frau wurde

Fußball

Bundesliga, 20. Spieltag

Werder Bremen – Hannover 96

Wetter

Heute



3°
-2°

Sonntag



4°
4°

Montag



7°
2°

Ihr Draht zur BZ

Redaktion: ☎ (0 51 91) 8 08
Anzeigen: ☎ (0 51 91) 8 08
Vertrieb: ☎ (0 51 91) 8 08
Zentrale: ☎ (0 51 91) 8 08

www.böhme-zeitung.de

facebook.com/bzredaktion

twitter.com/BZRedaktion



sale
50%
AUF ALLE STIEFEL